

Liebe Aumühler,

Mitte Juni hat eine Mehrheit im Finanzausschuss beschlossen, der Gemeindevertretung die Herabsetzung der Straßenausbaubeiträge zu empfehlen. Die betroffenen Grundstückseigentümer bzw. Erbpachtnehmer sollen bei Straßenausbaumaßnahmen künftig ein Fünftel weniger zahlen müssen. Die SPD hat sich aus folgenden Gründen gegen dieses Vorhaben ausgesprochen:

- 1) Für den einzelnen Anlieger stellt diese Reduzierung der Beiträge lediglich einen **Tropfen auf den heißen Stein** dar. Nur eine deutlich höhere Senkung der Beitragssätze würde eine wirkliche Entlastung der Bürger erreichen. Leider ist aktuell jedoch selbst die 20%ige Absenkung mit unserem defizitären Haushalt nicht zu vereinbaren.
- 2) Obwohl der Verzicht auf ein Fünftel der Straßenausbaubeiträge eine viel zu geringe Entlastung für den Einzelnen darstellt, führt dies bei den derzeit geplanten Ausbaumaßnahmen zu einer **Mehrbelastung unserer Gemeinde von mindestens 900.000 Euro**. Das gibt unser Haushalt nicht her.
- 3) Die Folge wäre, dass in den nächsten Jahren weniger Straßen als geplant saniert werden können. **Der bereits bestehende Investitionsstau wird forciert**, was sich am Zustand unserer Straßen widerspiegelt und zu weiteren Ausgaben für Flickschusterei an diesen Straßen führt.

Die Aumühler SPD befürwortet grundsätzlich eine noch deutlichere Reduzierung der Straßenausbaubeiträge – allerdings unter der Prämisse einer sichergestellten Gegenfinanzierung.

Aktuell wird das Schleswig-Holsteinische Finanzausgleichsgesetz überarbeitet. Erst 2020 wird sich abzeichnen, ob die Einnahmen der Gemeinde dadurch steigen werden. Die SPD sieht sich daher gezwungen, zum aktuellen Zeitpunkt gegen eine Reduzierung der Straßenausbaubeiträge zu stimmen.

Lars Jeckstadt-Borchert, Gemeindevertreter im Finanzausschuss

www.spd-aumuehle.de

Dazu folgender Bericht aus der Bergedorfer Zeitung vom 25. Juni 2019:

LANDESHAUSHALT

Kommunale Verbände lehnen Kürzungen strikt ab

Barsbüttel. Thomas Schreitmüller, Barsbüttels Bürgermeister und Vorsitzender des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages, äußert Sorgen anlässlich der bevorstehenden Beratung des Landeshaushaltes. „Die Kommunen sind in großer Sorge, dass die Versprechen des Koalitionsvertrages zur Entlastung der Bürger und der Kommunen nicht mehr eingelöst werden können, wenn die Landesregierung ihre Leistungen an die Kommunen kürzen will.“ So könne der Sanierungsstau bei Schulen und Straßen nicht abgebaut werden, auch der Ausbau

der Kinderbetreuung werde gebremst, betonte Schreitmüller. Es sei eine große Vorbelastung für die Verhandlungen über den kommunalen Finanzausgleich, wenn vorab Mittel für die Kommunen außerhalb des Finanzausgleichs umfangreich gekürzt würden. Ähnlich argumentieren Städtetag, Städtebund Schleswig-Holstein und der Landkreistag aus dem Norden.

Das Kabinett plant zudem, die Leistungen für die Integration von Flüchtlingen von 17 Millionen Euro auf fünf Millionen Euro zu kürzen. **hy**